

A N T R A G

der B90/Grüne-Landtagsfraktion

betr.: Kein Bildungsabbau im Saarland

Der Landtag wolle beschließen:

Seit 2009 bescheinigten zahlreiche Bildungsstudien dem Saarland große Fortschritte im Bereich der Bildungsgerechtigkeit, der Leistungsfähigkeit der Schulen sowie der Bedeutung der Bildung für den Wirtschaftsstandort Saarland. Das Saarland konnte im Bundesländervergleich gut aufholen und konnte sich dank der Schwerpunktsetzung in zahlreichen Kompetenzbereichen in der Spitzengruppe der Länder etablieren. Im deutschen Lernatlas 2011 der Bertelsmann Stiftung konnte ein guter 6. Platz erreicht werden.

Leider konnte das Saarland als zwischenzeitlicher „Aufsteiger des Jahres“ im Mittelstandsbarometer 2012 der Wirtschaftsberatungsgesellschaft Ernst & Young den sehr guten Platz im neusten Mittelstandsbarometer 2013 nicht verteidigen. Viel schlimmer noch: das Saarland rutschte wieder auf den letzten Platz in diesem Standortranking ab, wobei auch die Bildungspolitik als Bewertungskriterium berücksichtigt wird.

Die insgesamt positive Entwicklung der letzten Jahre im Bildungsbereich ist nach der Ankündigung einer rigorosen Sparpolitik massiv in Gefahr. Der angekündigte Stellenabbau an saarländischen Schulen von rund 600 Lehrerstellen sowie die drastischen Sparmaßnahmen im Hochschulbereich bedrohen die Zukunftsfähigkeit und damit die Existenz des Saarlandes.

Im Schulbereich wird diese Politik zu massiven Qualitätseinbußen führen. Durch die Stellenstreichungen im Schulbereich wird es nicht mehr möglich sein, die Klassen deutlich zu verkleinern und die Lehrerfeuerwehr zur Vermeidung von Unterrichtsausfall auszubauen, denn hierzu werden Lehrerstellen gebraucht. Nicht anders sieht es in der Inklusionspolitik aus. Ein echtes Wahlrecht zur Beschulung von behinderten Kindern an Regelschulen wird durch den Lehrerstellenabbau nicht möglich sein. Damit verstößt die Landesregierung gegen die UN-Behindertenrechtskonvention, wonach die uneingeschränkte gleiche Teilhabe an Bildung von Behinderten und Nichtbehinderten gewährleistet sein muss.

Bisher erfolgreich eingeführte Pilotprojekte wie „Fördern statt Sitzenbleiben“ am Gymnasium sowie das Kooperationsjahr Kindergarten - Grundschule sind nicht mehr in der jetzigen Qualität beizubehalten. Es wird dazu an Lehrerinnen und Lehrer fehlen. Die Aussagen im Koalitionsvertrag zum Erhalt der demografischen Rendite sind nicht das Papier wert, auf dem sie gedruckt sind.

Der Landtag des Saarlandes fordert die Landesregierung auf:

- alle frei werdenden Lehrerstellen im Schulsystem zur Wiederbesetzung zu belassen und für Verbesserungen im Bereich der Klassengrößen, des Unterrichtsausfalls, der individuellen Förderung sowie des Ausbaus der Gebundenen Ganztagschulen zu nutzen,
- kleine Schulstandorte zu erhalten und die rechtlichen Voraussetzungen so auszugestalten, dass durch eine längere Entwicklungszeit für die neuen Gemeinschaftsschulen Schulschließungen vermieden werden.
- die so genannte Lehrerfeuerwehr gegen Unterrichtsausfall für alle Schulformen aufzustocken;
- das Kooperationsjahr Kindergarten - Grundschule, das bereits an 40 Grundschulen und 100 Kindergärten durchgeführt wird, bis zum Jahr 2017 flächendeckend und ohne Reduzierung von Lehrerstunden einzuführen;
- den Schulversuch „Fördern statt Sitzenbleiben“ im 5. und 6. Schuljahr am Gymnasium in den nächsten vier Jahren von bisher 11 auf alle Gymnasien auszuweiten;
- das zur Zeit an 11 Schulen durchgeführte Pilotprojekt „Inklusive Schule“ im Rahmen eines Stufenplanes so auszubauen, dass sich neben Grundschulen deutlich mehr weiterführende Schulen beteiligen und in zwei Jahren eine Verdopplung der teilnehmenden Schulen erreicht wird;
- den vorgesehenen Ausbau der Gebundenen Ganztagschulen nicht nur schwerpunktmäßig an Grundschulen, sondern auch im Bereich der weiterführenden Schulen konsequent umzusetzen und die dafür erforderlichen Lehrerplanstellen in ausreichendem Umfang zur Verfügung zu stellen.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.